



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

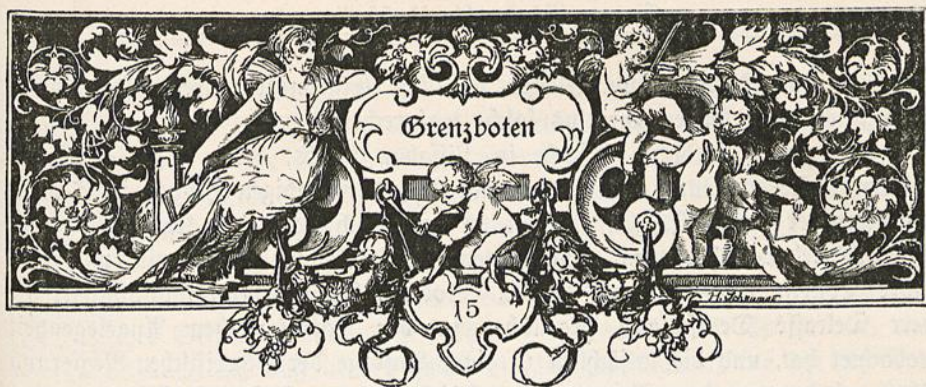
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

J., H.: "Eine englisch-deutsche Verständigung"

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



„Eine englisch-deutsche Verständigung“



aifer Wilhelms diesjährige Reise in das Mitteländische Meer hat unsre britischen Bettern allem Anschein nach etwas mehr aufgeregt, als es bei frühern solchen Anlässen der Fall gewesen ist. Ein Grund dafür ist nicht recht erkennbar. Der Besuch des Kaisers in Lissabon war ein einfacher, seit Jahren hinausgeschobner Höflichkeitsakt. Der Vater des jetzigen Königs von Portugal, der am 19. Oktober 1889 gestorbene König Ludwig, war der erste außerdeutsche Monarch gewesen, der den Kaiser bald nach seiner Thronbesteigung im Sommer 1888 in Berlin und Potsdam besucht hatte. Später hat auch der jetzige König einen Besuch in Deutschland abgestattet, und sowohl am Hofe in Lissabon wie auch in der portugiesischen Bevölkerung hat man seit Jahren der Erwidering dieses Besuchs entgegengesehen, ganz besonders aber in den Kreisen, die eine weitere Ausgestaltung der deutsch-portugiesischen Handelsbeziehungen wünschen. Deutschland ist zudem wie in Ostafrika so in Südwestafrika der Nachbar Portugals auf ziemlich ausgedehnten Grenzlinien geworden, für eine fernere Zukunft wird das noch mehr Bedeutung haben als für die Gegenwart. Vor einigen Jahren hatte es den Anschein, als werde sich Portugal aus finanzieller Bedrängnis eines Teils seiner Kolonien entäußern müssen, für diesen Fall war zwischen Deutschland und England ein Abkommen getroffen worden. Zurzeit sind diese Verabredungen wohl ziemlich gegenstandslos, da England die Sanierung der portugiesischen Finanzen in die Hand genommen und zugleich bei dem vorjährigen Besuch König Eduards in Lissabon ein neues Bündnis mit Portugal geschlossen hat. Beim Festmahl am 5. April vorigen Jahres nannte König Carlos den König von England seinen teuern Alliierten, und König Eduard erwiderte, daß die altbewährte Allianz zwischen Großbritannien und Portugal unvergänglich sein werde. Damit hat England seine schützende Hand über die Zukunft Portugals gelegt, und wir werden auch in unsrer afrikanischen Nachbarschaft Portugals wohl auf lange Zeit hinaus mit dem Überwiegen des englischen Einflusses zu rechnen haben. Der glänzende Empfang, der jetzt dem Kaiser in Lissabon zuteil geworden ist, beruht auf der hohen Achtung, die seiner Persönlichkeit gezollt wird, auch sind Besuche fremder Souveräne in

Lissabon recht selten. Unmittelbare politische Ergebnisse waren damit weder beabsichtigt, noch dürfen wir uns solche versprechen.

Liegt somit in dem Besuche in Lissabon nichts, was unsre englischen Bettern aufregen könnte, so ist das mit dem dreistündigen Besuch in Tanger noch weniger der Fall. Erstens ist es begreiflich, daß der Kaiser bei jeder neuen Mittelmeerfahrt wenn möglich neue Punkte kennen lernen will, wie jeder andre Tourist das auch tun würde. Sodann hat die Rücksichtslosigkeit, die Herr Delcassé Deutschland gegenüber in der marokkanischen Angelegenheit beobachtet hat, und die tatsächlich zu einer Anfrage der Scherifischen Regierung führte, ob der von dem Vertreter Frankreichs erhobne Anspruch, Mandatar der Mächte zu sein, die Zustimmung der deutschen Regierung habe, Anlaß zu dem Besuch des Kaisers in Tanger gegeben. Der Kaiser hat damit bei dem Sultan von Marokko seine Visitenkarte abgeben und keinen Zweifel darüber lassen wollen, daß er den Sultan nach wie vor als souveränen Herrn seines Landes anerkenne, auch demgemäß die Beziehungen zwischen Deutschland und Marokko ausschließlich mit der marokkanischen Regierung zu regeln wünsche; durch Abmachungen zwischen England und Frankreich könne über die Rechte Deutschlands in Marokko, wie sie durch den Vertrag von 1891 festgelegt sind, nicht verfügt werden. Dies ist in kurzen Worten der Inhalt des kaiserlichen Besuchs, wie er auch in den Äußerungen und Ansprachen des Monarchen in Tanger sehr bestimmt ausgedrückt worden ist.

Da ein Teil der englischen Presse, zumal die Times, seit langer Zeit auf Deutschland und insbesondre auf den Kaiser schlecht zu sprechen ist, kann es nicht weiter auffallen, daß auch diese Fahrt nach Tanger und der Verlauf des dortigen Besuchs mit allen Ausdrücken des Mißbehagens kritisiert wird. Dieses Mißbehagen hat sich sogar zu Anfragen im Unterhause über den Besuch des Kaisers in Gibraltar verdichtet. Bei der vorjährigen Anwesenheit Kaiser Wilhelms in der englischen Mittelmeerfestung hatte der dortige Kommandierende auf ausdrückliche Weisung des Königs Eduard den Kaiser so empfangen, wie der König selbst zu empfangen gewesen wäre. Der Kaiser kennt ziemlich alles, was für ihn in und an Gibraltar von militärischem Interesse ist. Außerdem wäre Deutschland wahrscheinlich doch die letzte Macht, die sich mit der Idee einer Beschießung von Gibraltar trüge, und es konnte also in Deutschland nur komisch berühren, daß der englische Kriegsminister in einer Sitzung des Unterhauses zweimal auf den Kaiserbesuch angedeutet wurde. Vom Kriegsminister ist die sehr verständige Antwort gegeben worden, daß die Verantwortlichkeit bei dem kommandierenden Offizier ruhe nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften; es sei nicht Absicht der Regierung, in diese irgendwie einzugreifen. Der Fragesteller Bartley hat hierauf erwidert: „Habe ich das so zu verstehn, daß einem Kaiser, der damit beschäftigt ist, eine Flotte zu erbauen, die gegen uns gebraucht werden kann (!), mehr Freiheiten gewährt werden sollen als treuen britischen Untertanen?“ worauf der Kriegsminister die sehr verständige Äußerung tat, daß er seiner Antwort nichts hinzuzufügen habe.

Mr. Bartley gehört zu den Engländern, die sich darüber ereifern, daß die deutsche Flotte gegen England gebraucht werden „könne,“ d. h. wenn sie einmal

fertig sein wird, was ungefähr vor 1917 bis 1920 leider nicht der Fall ist, während England im Besitz einer Riesenflotte ist, die zum größten Teil in kriegsbereitem Zustande ist und binnen vierundzwanzig Stunden gegen Deutschland losgelassen werden kann. Daß man sich in England hier und da mit solchen Ideen trägt, ist durch Äußerungen von Mitgliedern der Admiralität selbst bekannt geworden, und wenn in dem Verhältnis zwischen England und Deutschland überhaupt von Befürchtungen die Rede sein soll, so wäre die Berechtigung dazu auf deutscher Seite zehnmal größer als auf der englischen. Es ist doch ohne Zweifel anzunehmen, daß in den zwölf bis fünfzehn Jahren, die bis zur Vollendung einer in der Schiffszahl auch dann noch sehr mäßigen deutschen Flotte verstreichen müssen, das Übergewicht der englischen Marine unzweifelhaft und in einem solchen Maße festgelegt sein wird, daß auch der kriegslustigste deutsche Kaiser damit zu rechnen haben würde. Es hat also tatsächlich keinen Sinn, wenn sich englische Politiker jetzt schon, zwölf bis fünfzehn Jahre vorher, über die Aufgaben der deutschen Zukunftslotte den Kopf zerbrechen. Man darf ja zugeben, daß das Auftauchen einer neuen Marine an einer Stelle, wo vorher keine oder doch nur eine geringfügige war, auf die Engländer ungefähr denselben Eindruck macht, wie er bei uns hervorgerufen werden würde, wenn England jetzt plötzlich zur Schaffung einer großen Landmacht übergehen wollte, deren mögliche Verwendung gegen uns dann sicherlich ebenfalls in unsere militärische und politische Berechnung eingestellt werden müßte. Aber immerhin bestehen zwischen der Schöpfung einer Flotte und einer Landmacht so große Unterschiede, auch im Zeitraum und in den Kosten, daß die englischen Besorgnisse tatsächlich nach jeder Richtung hin als grundlos bezeichnet werden dürfen. Es bleibt nur zu wünschen, daß gelegentlich ein Mitglied der englischen Regierung seine Landsleute einmal darüber aufklärte. König Eduard und seine militärische Umgebung sowie eine nicht geringe Anzahl britischer Seeoffiziere haben im Juni vorigen Jahres die deutsche Flotte teils fertig, teils auf Stapel in Kiel gesehen, ziemlich alles, was überhaupt vorhanden ist, und sie sind sämtlich in der Lage, ihre Nation über die Offensivkraft dieser neuen Schöpfung zu beruhigen. Die Beobachtung, daß die Engländer unsere Flotte ganz bedeutend überschätzen, vielleicht seit ihrem schnellen und starken Auftreten in Ostasien während der chinesischen Wirren, ist unsern hohen Seeoffizieren nicht entgangen und in den letzten Jahren wiederholt zum Gegenstande von Erwägungen gemacht worden. Die Weltlage würde ohne das Apdrücken, das die Engländer wegen dieser deutschen Zukunftslotte empfinden, doch ein wesentlich ruhigeres Bild bieten, zumal da die englischen Maßregeln, wie sie seit Anfang des Jahres mit der Neubislokation der englischen Flotte getroffen worden sind, für Deutschland unzweifelhaft einen viel ernstern Charakter haben als das Vorhandensein unserer Kriegsschiffe für England.

Um so erfreulicher ist es, daß sich auch in Großbritannien selbst immer wieder Stimmen hören lassen, die auf eine Verständigung mit Deutschland in offener und vernünftiger Weise hinarbeiten. Eduard Dicey, der im Märzheft der *Empire Review* die Möglichkeit einer „englisch-deutschen Verständigung“ zum Gegenstand einer eingehenden Betrachtung gemacht hat, bezeichnet die Besorgnis

der öffentlichen Meinung in Deutschland, daß England eines Tags sein maritimes Übergewicht gegen uns gebrauchen könne, als viel Lärm um nichts und sagt: „Für uns ist die Idee, daß irgendeine britische Regierung einen Angriffs-krieg gegen Deutschland, einen Krieg, in dem wir viel zu verlieren und wenig oder nichts zu gewinnen hätten, in Betracht gezogen haben könnte, wirklich zu absurd, als daß sie irgendeine Widerlegung verdiene.“ Er verwahrt sich sodann gegen den Lärm, den die Rede Mr. Lees in Castleigh bei den Deutschen hervorgerufen habe, und fügt ausdrücklich hinzu, um damit den Grad der Bedeutung des Redners zu charakterisieren: er (Dicey) habe bis vor wenig Tagen nicht gewußt, daß das Unterhausmitglied für Fareham ein Minister der Krone sei; er habe erst aus Whitakers Almanach ersehen, daß der Minister Zivillord der Admiralität, und daß seine Befähigung mit einem Gehalt von 1000 Pfund Sterling jährlich eingeschätzt sei; er habe den Eindruck, daß Lee eine Art fünftes Rad an der Admiralitätskutsche sei, und daß, worin auch immerhin seine Funktionen bestehn möchten, sie jedenfalls mehr in Übereinstimmung sein würden mit klugem Stillschweigen als mit unklugen Ausfällen. Dicey erläutert darauf zunächst die Stellung der parlamentarischen Minister in England, die mit zu den englischen Institutionen gehören, die der Fremde nicht leicht verstehe. Jedes Parlamentsmitglied, das ein Amt in der Regierung bekleide, sei Minister der Krone, aber nicht in dem Sinne wie Minister des Kabinetts, und ein Minister von der Stellung des Zivillords habe mit der Bestimmung der Politik des Ministeriums nicht mehr zu tun als mit der Bewegung der Himmelskörper. Tausende von englischen Zeitungslesern würden wahrscheinlich gar nichts davon gewußt haben, daß der Zivillord der Admiralität eine Rede an seine Wähler gehalten hätte, wenn nicht eines Tags die Nachricht nach England gekommen wäre, daß die Rede in Deutschland großes Aufsehen verursacht habe. Es sei Mr. Lee wie dem Lord Byron ergangen, der eines Morgens aufwachte und fand, daß er berühmt geworden sei. So sei Mr. Lee eines Morgens als Persönlichkeit von europäischer Bedeutung aufgewacht. Dicey bespricht des weitern die deutsch-englischen Beziehungen mit großem Freimuth und wendet sich dem Satz in Lees Rede zu, der in Deutschland am empfindlichsten berührt habe: „Die britische Flotte ist nun strategisch vorbereitet für jedes mögliche Ereignis, denn wir müssen annehmen, daß alle fremden Flotten mögliche Feinde sind. Bei dem Entstehen neuer Seemächte haben wir unglücklicherweise mehr mögliche Feinde als früher, und wir müssen ein sorgames (anxious) Auge nicht allein auf das Mittelmeer und den Atlantischen Ozean, sondern ebenso auf die Nordsee halten.“ Dicey findet, daß dieser Satz doch nur ein Gemeinplatz sei. Jede britische Marineautorität habe die Pflicht, so zu denken, solange sie eine amtliche Stellung in der englischen Marineverwaltung bekleide. Mr. Lee könne dafür getadelt werden, daß er ausgesprochen habe, was jeder seiner Vorgänger in der Vergangenheit unzweifelhaft ebenso gesagt und auch jeder seiner Nachfolger in Zukunft unverändert aussprechen werde. Der letzte Teil des Satzes scheine aber doch einen Irrtum im Urteil ebenso wie eine Beleidigung des guten Geschmacks zu enthalten. Die einzige Seemacht, die in den letzten Jahren aufgetreten sei, sei Deutschland, und wenn England aufgefordert werde, ein sorg-

James Kluge auf die Nordsee zu haben, so müsse Deutschland — und Deutschland allein — der mögliche Feind sein, gegen dessen Feindseligkeit sich bereit zu machen England gelungen sei. Wenn Worte in ihrem gewöhnlichen Sinne zu interpretieren seien, so wollte Mr. Lee das sagen. Wenn er jetzt versichert, er habe einfach beabsichtigt, als allgemeinen Grundsatz festzustellen, daß ein Krieg mit irgendeiner der Seemächte immer eine Möglichkeit sei, mit der man rechnen müsse, so sei er so unglücklich in seinem Ausdruck gewesen, daß man ihn nur dringend ersuchen könne, in Zukunft ein diskretes Stillschweigen zu bewahren. Es sei kaum noch nötig auszusprechen, daß der Fall, auf den Mr. Lee anspiele, niemals in die ernste Erwägung bei einer britischen Regierung, einer britischen Partei oder irgendeinem führenden britischen Staatsmanne treten könne. (? d. B.) Wengleich das in Deutschland erzeugte Aufsehen gänzlich jeder Begründung entbehre, so sei doch die Tatsache, daß ein solches Aufsehen entstanden sei, nicht so unvernünftig, wie das britische Publikum zu glauben scheine. Mr. Lee sei nicht nur Minister der Krone, er sei Zivillord der Admiralität, sei parlamentarischer Privatsekretär Arnold Forsters gewesen, als dieser, bevor er Staatssekretär des Krieges wurde, Finanzsekretär bei der Admiralität war. Mr. Lee erscheine deshalb gewissermaßen beglaubigt, in dem Vertrauen der Spitzen des Heeres und der Flotte zu stehen, und es sei mithin für das deutsche Publikum nicht unnatürlich, ihn für ein Mundstück der britischen Heeres- und Marineverwaltungen zu halten. Wichtiger freilich sei es, daß der Ton der öffentlichen Meinung in England, wie er in dem den deutschen Lesern geläufigern Teile der englischen Presse zum Ausdruck komme, seit langer Zeit unfreundlich, wenn nicht feindlich gegen Deutschland klinge. Beim Ausbruch des russisch-japanischen Krieges haben mehrere führende hauptstädtische Zeitungen Englands und ihre Satelliten in der Provinz keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne Deutschland des Neutralitätsbruchs und einer Illoyalität in seinen Beziehungen zu Japan zu beschuldigen und zu behaupten, daß Ende und Zweck seiner Politik darin beschlossen sei, England zu beleidigen und zu diskreditieren.

Dacey führt weiter aus, aus verschiedenen Gründen sei es Fundamentalsatz der deutschen Politik, auf freundschaftliche Beziehungen zu Rußland zu halten. Solange der Zweibund in Kraft bleibe, könne Deutschland nicht daran denken, Rußland zu erzürnen. Die deutsche Neutralität während des Krieges sei eine wohlwollende gegen Rußland gewesen, ebenso wie die britische eine wohlwollende gegen Japan sei. Man könne nicht zweifeln, daß die erblichen Bande zwischen der Hohenzollern- und der Romanow-Dynastie und die militärischen Traditionen der beiden nordischen Reiche die deutschen Sympathien Rußland zugewandt hätten, aber wenn man nicht behaupten wolle, Deutschland müsse in allen auswärtigen Fragen darauf sehen, daß es England zufriedenstelle, so sei nicht verständlich, wie man die russenfreundlichen Neigungen Deutschlands als beleidigend für England ansehen könne. „Ich habe Grund zu der Annahme, fährt Dacey fort, daß die wiederholten Vorwürfe mangelnder Loyalität und versteckter Feindschaft Deutschlands gegen England, die Tag für Tag in der Auslandskorrespondenz der Times erscheinen und des langen und breiten in unsern Provinzialblättern durch ganz England nachgedruckt werden, sehr dazu beigetragen haben, ein

Übelwollen gegen England nicht so sehr bei der deutschen Regierung als bei dem deutschen Volke hervorzurufen. Dieses System der gegenseitigen Nadelstiche ist verhängnisvoll für das gute Einvernehmen zwischen zwei Nationen, die mehr miteinander gemeinsam haben als eine von ihnen mit irgendeinem andern europäischen Lande.“ Dicey geht nun weiter auf diesen von ihm beklagten Gegensatz ein und sagt, daß wenn auch beide Teile deshalb zu tadeln seien, so habe doch Deutschland gerechtere Ursache als England, sich über die feindlichen Kritiken zu beklagen, die zwischen beiden Ländern ausgetauscht worden seien. Der Aufschrei gegen den Burenkrieg, der in Deutschland so allgemein und seines Erachtens so unvernünftig emporstieg, wäre zum großen Teil gerechtfertigt gewesen durch die Anklagen, die die englischen Liberalen über die barbarische Methode der Kriegführung der englischen Generale erhoben hätten. Die deutschen Prophezeiungen, daß England zu schwach sei, die Burenheere zu überwinden, seien nur Wiederholungen der Behauptungen in den Organen der burenfrendlichen Liberalen Englands gewesen, und man könne kaum einen Vorwurf daraus herleiten, wenn die deutsche Presse der Führung der britischen Opposition folge. „Überdem darf die Tatsache nicht übersehen werden, daß unser hoher Wohlstand, unsre maritime Überlegenheit, unsre freien Institutionen, unsre Unangreifbarkeit in Folge unsrer insularen Lage, unsre fortgesetzte Vereinerung der Notwendigkeit einer stärkern Konstriktion oder der Aufstellung ungeheurer stehender Heere die nicht unnatürliche Eifersucht der kontinentalen Nationen erregt. Ich meine darum, daß von den Äußerungen des Unwillens gegen England, die zahlreiche Unterstützung in Deutschland und besonders in Süddeutschland gefunden haben, ein beträchtlicher Abzug gemacht werden muß.“ Dicey führt weiter aus: es sei ein großer Irrtum, anzunehmen, daß weil die Krone in Deutschland eine persönliche Autorität habe, die nicht mit den britischen Ideen einer parlamentarischen Regierung übereinstimme, die durch das Parlament zum Ausdruck gelangende öffentliche Meinung ohne Einfluß auf die Entschlüsse der deutschen Politik sei. Jeder deutsche Kanzler seit Bismarcks Tagen werde ebenso die Ansichten des Reichstags wie die Wünsche des Hofes zu studieren haben, und die deutsche Regierung könne nicht der öffentlichen Meinung in Deutschland zuwiderhandeln. Eine gleiche Entschuldigung gäbe es nicht für die Art von Kreuzzug gegen Deutschland, der von einem Teile der britischen Presse geführt werde, der nicht immer ohne Berechtigung behaupte, die Intelligenz, die Kultur und den Wohlstand Großbritanniens zu repräsentieren. Abgesehen von dem wenig intelligenten Mißvergnügen, das ein Teil der britischen Arbeiter darüber empfinde, daß gewisse Handels- und Fabrikzweige in diesem Lande durch deutsche Einwanderer monopolisiert werden, daß manche von unsern eignen Waren auf unsern eignen Märkten durch Güter made in Germany verdrängt werden, gebe es kein Gefühl allgemeiner Feindseligkeit im britischen Publikum gegen die deutschen Vettern. „Ich persönlich habe nur geringen Glauben an sentimentale Ergießungen internationaler Gutwilligkeit, aber ich versichere, daß in den normalen Beziehungen zwischen England und Deutschland nichts besteht, was ein herzliches Zusammenwirken für gemeinsame Interessen ausschließen könnte, und gerade weil ich glaube, daß ein

solches Zusammenwirken für greifbare Möglichkeiten von vitaler Wichtigkeit werden müßte, lehne ich so entschieden den antideutschen Geist ab, der einen kleinen Teil der englischen Presse charakterisiert.“

Dicey erschöpft sich nun des weitern in Konjekturen über den Friedenskongreß, der nach seiner Ansicht dem russisch-japanischen Krieg ein Ziel zu setzen berufen sein werde, und ergeht sich in Darlegungen über das Verhältnis Englands zu Japan und zu Rußland. Über Rußland ist er der Ansicht, daß es zwischen England und Rußland früher oder später zu einer Kollision kommen müsse; die wirkliche Gefahr, die das britische Reich zu fürchten habe, sei nicht die gelbe, sondern die slawische, und Japan habe durch seinen Krieg mit Rußland nicht allein seine eignen Schlachten, sondern die Schlachten Englands geschlagen. (!) Diese Tatsachen müßten die auswärtige Politik Englands bestimmen. Auch wenn England sein formelles Bündnis mit Japan nicht verlängere, werde auch ohne formellen Vertrag die Teilhaberschaft, die gegenwärtig zwischen England und Japan existiere, in ihrer Integrität aufrecht erhalten werden müssen; die Interessen beider Länder im Osten seien identisch, beide seien Anhänger der offenen Tür, beide Gegner einer Vergrößerung Rußlands auf Kosten Chinas. Es sei deshalb für England ebenso Interesse als Pflicht, Japan nach dem Kriege jeden Vorteil zu sichern, den dieses durch seinen erfolgreichen Feldzug erreicht habe. Für einen bevorstehenden Kongreß sei anzunehmen, daß sich die meisten der Großmächte ihres Einflusses dahin bedienen würden, die Friedensbedingungen für Rußland so wenig unangenehm wie möglich zu machen. Frankreich habe allen Grund, Rußland nach Möglichkeit zu unterstützen, Österreich wegen der Balkaninteressen ebenfalls allen Grund, einen Bruch des russisch-österreichischen Einverständnisses zu vermeiden, das bisher die orientalischen Angelegenheiten gewissermaßen in suspenso gehalten habe, und Italien, das ebenfalls wenig Interessen im fernen Osten habe, werde sich von seinen beiden Genossen im Dreibunde nicht entfernen. Wenn die Beziehungen Deutschlands zu seinem Nachbar bei Zusammentritt der Konferenz noch ebenso sein sollten wie im gegenwärtigen Augenblick, so sei auch für Deutschland mit Sicherheit anzunehmen, daß es bemüht sein werde, die Friedensbedingungen für Rußland so erträglich zu gestalten, als mit dem Anerkenntnis der Niederlage irgend vereinbar wäre. England werde also, vielleicht mit der zweifelhaften Unterstützung Amerikas, die einzige für Japan eintretende Macht sein und sich die Feindschaft Rußlands als die Ursache nicht allein seiner Niederlagen, sondern auch seiner Erniedrigung zuziehn. Die Feststellung der Friedensbedingungen, die den Krieg zwischen Rußland und Japan beendigen müssen, sei eine der manchen internationalen Fragen, bei denen die Autorität Großbritanniens notwendigerweise durch seine Politik der Isolierung aufgewogen werde. Eine Seemacht habe sicherlich alle Vorteile, die Kapitän Mahan und seine Schüler ihr zuschreiben, aber etwas könne Seemacht niemals erreichen: die Verfügung über große Heere, wie sie bei Landoperationen nötig würden. Solange England die Idee der allgemeinen Wehrpflicht ablehne, könne es in einiger Entfernung von der Küste niemals einem der großen Kontinentalstaaten entgegentreten, wo jeder männliche Einwohner zum Soldaten erzogen werde.

Das einzige Mittel, die Lücke in der englischen Rüstung zu schließen, könne also nur in der Allianz mit einer Macht gefunden werden, deren militärische Stärke die verhältnismäßige Schwäche Englands ergänze. Dicey bedauert, daß England seinerzeit nicht dem Dreibunde beigetreten sei. Der Gedanke würde sicherlich einer freundlichen Aufnahme begegnen, wenn er jetzt von der britischen Seite des Deutschen Meeres (German Ocean) ausginge. Deutschland sei die einzige Macht, die England einen wirksamen Verbündeten zu Lande stellen könne, während England die einzige Macht sei, die Deutschland ein wirksames Bündnis auf den Meeren zu bieten imstande sei.

Dicey begreift sehr wohl, daß die Idee eines deutsch-englischen Bündnisses solchen Leuten als Schimäre erscheinen müsse, die ihre Ansichten aus der anti-deutschen Presse in England und der antibritischen Presse in Deutschland beziehen, und die glauben, daß die beiden großen anglosächsischen Nationen in Verschwörungen verflochten seien, einander zu zerstören. Leute dagegen, die ihre Meinungen auf Tatsachen und nicht auf Theorien begründen, könnten nicht umhin, zu sehen, daß die gemeinsamen Interessen Englands und Deutschlands viel stärker seien als ihre getrennten Interessen. Irgendeine Annäherung zu einem Offensiv- oder Defensivbündnis zwischen Frankreich und England stehe außer Frage, aber ebenso müsse zugegeben werden, daß solange der Zweibund in Kraft bleibe, Deutschland nicht umhin könne, sich Rußland zuzuwenden. Kein vernünftiger Mann könne Deutschland einen Vorwurf daraus machen, wenn es seinem großen nordischen Nachbar gefällig sei. Aber Deutschlands Gefälligkeit gegen Rußland unterscheide sich doch sehr von der Gefälligkeit, die Frankreich gegen Rußland betätige. Die Motive Deutschlands beruhten darin, die Gefahr eines vereinigten Angriffs Frankreichs und Rußlands abzuwenden, der Zweck Frankreichs sei, Rußland zum Beistande für die Wiedereroberung des Elsaßes und Lothringens zu bestimmen.

Der Schluß der Betrachtungen geht darauf hinaus, daß sich Deutschland und England beizeiten über ein Zusammenwirken zur Verteidigung der gerechten Ansprüche Japans verständigen möchten, zunächst für die nach Diceys Ansicht bevorstehende Friedenskonferenz. Eine solche Verständigung werde dann den Weg zu einem neuen Bündnis pflastern, dessen Autorität im Rate Europas bei weitem das Bündnis überbieten werde, das zwischen Frankreich und Rußland bestehe.

Einstweilen erscheinen die Aussichten auf eine solche Friedenskonferenz noch ziemlich fern. Rußland würde vielleicht eine solche anrufen, wenn Japan zu weit gehende Forderungen stellte, was Japan aus eben diesen Gründen unterlassen wird, wenn es sonst gut beraten ist. Es muß sich darüber klar sein, daß die Mehrzahl der Mächte, auch Amerika, durch ihre Interessen bestimmt sein würden, die Friedensbedingungen für Rußland so erträglich wie möglich zu gestalten. Japan würde also viel richtiger handeln, wenn es eine Verständigung mit Rußland direkt suchte, als wenn es sich durch einen Kongreß, der sich über drei Weltteile erstrecken würde, die Rechnung zusammenstreichen ließe. In der russischen Diplomatie ist allerdings eine gewisse Vorliebe für Kongresse traditionell. Auch Napoleon der Dritte hatte sie, und der Pariser Kongreß von 1856 ist wesentlich aus dem Gedanken der russischen Politik hervorgegangen.

die Befriedigung des Prestigebedürfnisses des französischen Kaisers durch einen Kongreß in Paris zu unterstützen. Es wurden dadurch einerseits für Rußland Anknüpfungen für die Zukunft gewonnen, die freilich nicht von Dauer waren; andererseits war die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß eine Gefälligkeit mit der andern vergolten werden würde, und daß ein unter dem Glanz eines Pariser Kongresses verhandelter Frieden weniger nachteilig für Rußland ausfallen würde, als ein Frieden bei direkter Verhandlung ausschließlich zwischen den Kriegführenden. In dieser Erwartung hat sich Rußland denn auch nicht getäuscht. Der Friedensschluß von 1856 beruhte wesentlich auf der Kriegsmüdigkeit aller Parteien. Frankreich und England hatten eingesehen, daß sie zwar vereinzelte opferreiche militärische Erfolge einheimen, aber Rußland niemals besiegen könnten, während Rußland zu der Ansicht gekommen war, daß seine militärischen Vorbereitungen nicht auf der Höhe seien, die ihnen einen dauernden kriegerischen Erfolg verbürgten. Daneben drängte sich dann auch wohl beiden Teilen die Überzeugung auf, daß mit einer längern Fortsetzung des Krieges die Stärke und die Bedeutung der neutralen Mächte, Preußens und Österreichs, wesentlich wachsen müsse.

Der Berliner Kongreß von 1878 sodann ist bekanntlich auf direkten Wunsch des russischen Kaisers von Bismarck mit großem innern Widerstreben ins Leben gerufen worden. Rußland folgte auch hierin der Erwägung, daß es auf einem Kongreß, zumal unter Deutschlands Vorsitz, ein sehr viel besseres Geschäft machen werde, als wenn es bei direkten Verhandlungen mit der Türkei den Einspruch Englands und Österreichs zu überwinden haben werde. Bei der jetzigen Sachlage in Ostasien könnte die Anregung zu einem Friedenskongreß wohl ebenfalls nur von russischer Seite und im russischen Interesse erfolgen, und es wäre nicht unmöglich, daß die französische Politik zur Erhöhung ihres Prestige sich und damit zugleich dem äußerlich noch verbündeten Rußland diesen Dienst leistete. Nützlicher für Rußland würde vielleicht die Verlegung eines solchen Kongresses nach Washington sein. Ein zweiter Berliner Kongreß läge schwerlich in Deutschlands Interesse, zumal im Hinblick auf die wenig erfreulichen Erfahrungen, die wir mit den Wirkungen des Berliner Vertrages von 1878 gemacht haben, der freilich, so sehr er von der öffentlichen Meinung in Rußland angefochten worden ist, dennoch immerhin beinahe dreißig Jahre lang der Situation im europäischen Orient ihre Grundlinien vorgezeichnet hat. Wenn große Völkerinteressen durch den Krieg nicht zu ihren Zielen gelangen, wird der Friede immer nur die Bedeutung eines Waffenstillstandes von größerer oder geringerer Dauer haben und das Gepräge des Kompromisses zwischen den Interessen aller Kongreßmächte tragen. Führt der Krieg dagegen zum Ziele, wie die deutschen Kriege von 1866 und 1870, so sind die Friedensschlüsse klar, bindend und dauernd, weil der Sieger allein mit dem Besiegten zu tun hat und sich das Dreinreden der Fremden, des europäischen Seniorenkonvents, wie Bismarck es nannte, vom Leibe halten kann. Japan ist jedoch nicht in der Lage wie Deutschland zu Anfang des Jahres 1871, daß es einen andern Bismarckschen Ausspruch auf sich anwenden könnte: „Wir haben das Geschäft allein gemacht, und wir werden auch die Rechnung allein schreiben.“ Japans Politik war zum nicht

geringen Teil durch das Interesse Englands bestimmt, und so wird Japan auch beim Frieden vielleicht mehr dieses Interesse als das seinige, soweit beide nicht identisch sind, zu Rate ziehn müssen.

Was nun die Ratschläge anlangt, die Dicy der deutschen Politik für einen Friedenskongreß gibt, falls ein solcher überhaupt zustande kommen sollte, so glauben wir kaum, daß Deutschland in der Lage wäre, ihnen Folge zu leisten. Vor allem hat Deutschland keinen Anlaß, einen Kongreß anzuregen. Eine Vertretung der Ansprüche Japans von deutscher Seite würde sofort dem Zweibunde die Festigkeit zurückgeben, die er unter dem Einflusse des russisch-japanischen Krieges verloren hat, und es wäre für Deutschland doch vielleicht ein recht gewagter Versuch, sich von dem Maße von Wohlwollen abhängig zu machen, das jeweilig in der öffentlichen Meinung Großbritanniens für uns vorhanden sein würde. Zu einer Politik, die darauf hinausliefe, zu künftigen russischen Kriegen Englands die Landmacht zu stellen, wird sich kein deutscher Staatsmann hergeben. Der Gedanke klingt sehr einfach, sehr naheliegend und sehr verführerisch, aber wir haben Rußland kein Gebiet abzunehmen, um das wir es beneiden könnten. Wir haben eher zu viel Polen als zu wenig, und die Seemacht Großbritanniens ist für uns kein ausreichender Helfer in der Lage, in die wir uns durch einen unnötigen Konflikt mit Rußland begeben würden. Eine Verständigung mit England mit der Perspektive eines Koalitionskrieges gegen Rußland im Hintergrunde würde in Deutschland nur bei einigen Parteisanatikern und bei den Sozialdemokraten auf Beifall rechnen können. Unsere Verständigung mit England muß auf dem Grundgedanken der offenen Tür, der Handelsfreiheit in allen dem Handel noch erschließbaren Gebieten liegen. Diese Verständigung wird wesentlich davon abhängen, ob England zum Beispiel vorzieht, mit uns hierin in China, in Marokko Hand in Hand zu gehn, oder eine Superiorität zu beanspruchen, die unbestritten aufrecht zu erhalten der englische Handel auf die Dauer doch nicht mehr imstande sein wird. Auch auf diesem Gebiete wachsen die Bäume nicht in den Himmel. Die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands ist nicht unbegrenzt, schon deshalb nicht, weil der englische Handel durch den größeren Wohlstand und die entwickeltere Schifffahrt seiner Nation getragen wird. England wird also schwerlich sobald in die Lage kommen, hier oder dort zugunsten Deutschlands abdanken zu müssen, auch wenn die deutsche Konkurrenz noch so groß und in manchen Fällen siegreich sein sollte. Die deutsch-englische Verständigung kann somit für absehbare Zeit nur auf den Ideen unbehinderter Kulturentwicklung, nicht auf denen von Koalitionskriegen und bewaffneter Entscheidungen beruhen, die völlig außerhalb unserer Interessen liegen. Deutschland muß sich bereit halten, solchen Notwendigkeiten mit festem und entschlossenem Willen gewachsen zu sein, falls sie ihm aufgezwungen werden, aber wir haben keinen Grund, Bündnisse aufzusuchen, um Entscheidungen herbeizuführen, bei denen der etwaige Gewinn doch niemals den Einsatz aufwiegen könnte.

H. J.

